

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
(16. Ausschuss)**

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Michael Kauch, Angelika Brunkhorst, Horst Meierhofer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/4610 –**

Internationale und europäische Klimaschutzoffensive 2007

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Eva Bulling-Schröter, Dr. Dagmar Enkelmann, Hans-Kurt Hill, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/5129 –**

Nationales Sofortprogramm und verbindliche Ziele für den Klimaschutz festlegen

A. Problem

Angesichts der jüngsten Klimaberichte der Vereinten Nationen und der schädlichen Folgen des Klimawandels soll die Bundesregierung durch die beiden Anträge zu einer ambitionierten Klimaschutzpolitik aufgefordert werden. Hierbei enthält der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/4610 zahlreiche Einzelvorschläge, um einerseits den internationalen Klimaschutz im Rahmen eines Post-Kyoto-Prozesses auf globaler Ebene und andererseits den Klimaschutz auf europäischer Ebene voranzubringen. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 16/5129 zielt auf eine Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland zu einer Minderung ihrer Treibhausgasemissionen um 40 Prozent bis zum Jahr 2020 und um 80 Prozent bis zum Jahr 2050 gegenüber dem Niveau von 1990 sowie zu einer Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch auf 25 Prozent bis zum Jahr 2020 ab und enthält die Forderung nach einem nationalen Sofortprogramm für den Klimaschutz mit zahlreichen Einzelpunkten.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/4610 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/5129 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 16/4610 abzulehnen,
2. den Antrag auf Drucksache 16/5129 abzulehnen.

Berlin, den 9. Mai 2007

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Petra Bierwirth
Vorsitzende

Andreas Jung (Konstanz)
Berichterstatter

Frank Schwabe
Berichterstatter

Michael Kauch
Berichterstatter

Eva Bulling-Schröter
Berichterstatterin

Dr. Reinhard Loske
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Andreas Jung (Konstanz), Frank Schwabe, Michael Kauch, Eva Bulling-Schröter und Dr. Reinhard Loske

I.

Der Antrag auf **Drucksache 16/4610** wurde in der 94. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. April 2007 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Der Antrag auf **Drucksache 16/5129** wurde in der 94. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. April 2007 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Finanzausschuss, Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie den Haushaltsausschuss überwiesen.

II.

Angesichts der jüngsten Klimaberichte der Vereinten Nationen und der schädlichen Folgen des Klimawandels soll die Bundesregierung durch die beiden Anträge zu einer ambitionierten Klimaschutzpolitik aufgefordert werden.

Der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/4610 enthält zahlreiche Einzelvorschläge, um einerseits den internationalen Klimaschutz im Rahmen eines Post-Kyoto-Prozesses auf globaler Ebene und andererseits den Klimaschutz auf europäischer Ebene voranzubringen. Im Rahmen des internationalen Klimaschutzes soll die Bundesregierung u. a. darauf hinwirken, dass das Ziel einer sicheren Energieversorgung systematisch und verbindlich mit dem Ziel des Klimaschutzes verknüpft wird, dass ein globales System verpflichtender klimapolitischer Maßnahmen unter Einschluss aller G8-Staaten sowie auch Chinas und Indiens für die Zeit nach 2012 geschaffen wird, dass ein globaler Kohlenstoffmarkt durch Verknüpfung der Emissionshandelssysteme außerhalb des Kyoto-Regimes mit den Instrumenten des Kyoto-Protokolls erreicht wird und dass die flexiblen Instrumente des Kyoto-Protokolls (z. B. Anrechnung von CO₂-Senken) verstärkt genutzt werden. Im Rahmen des Klimaschutzes auf europäischer Ebene soll sich die Bundesregierung u. a. dafür einsetzen, dass Energiesicherheit und Klimaschutz im Sinne des von der EU-Kommission am 10. Januar 2007 vorgelegten Maßnahmenpakets „Energy for a Changing World“ und der Vorschläge der Kommission zu einer Energiepolitik für Europa integriert werden, dass der gesamte Verkehrssektor, insbesondere der Luftverkehr, in das bestehende EU-Emissionshandelssystem integriert wird und dass die Wärmegewinnung für Gebäude für die Zeit nach 2012 in den Emissionshandel einbezogen wird.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 16/5129 zielt auf eine Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland zu einer Minderung ihrer Treibhausgasemissionen um 40 Prozent bis zum Jahr 2020 und um 80 Prozent bis zum Jahr 2050 gegenüber dem Niveau von 1990 sowie zu einer Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch auf 25 Prozent bis zum Jahr 2020 ab und enthält die Forderung nach einem nationalen Sofortprogramm für den Klimaschutz mit zahlreichen Einzelpunkten. Die Bundesregierung soll hierbei u. a. dazu aufgefordert werden, ab dem 1. Januar 2008 den Verkauf von elektrischen und elektronischen Haushaltgeräten mit sog. Standby-Schaltungen, deren Verbrauch 1 Watt übersteigt, zu verbieten, ab dem 1. Januar 2008 ein nationales „Top-Runner“-Programm zu starten, welches orientiert an den verbrauchsärmsten Typen einer Produktklasse den maximal zulässigen Energieverbrauch von ausgewählten energieintensiven Produkten für ein bestimmtes Zieljahr festschreibt, ein generelles Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen einzuführen und für die Handelsperiode 2008 bis 2012 des Europäischen Emissionshandelssystems einen brennstoffunabhängigen Benchmark bei der Zuteilung von Emissionszertifikaten einzuführen, der sich an der Leistung und Auslastung eines gasbetriebenen Kondensationskraftwerks orientiert.

III.

1. Antrag auf Drucksache 16/4610

Der **Auswärtige Ausschuss** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/4610 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/4610 abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/4610 abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/4610 abzulehnen.

2. Antrag auf Drucksache 16/5129

Der **Finanzausschuss** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmhaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/5129 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/5129 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/5129 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/5129 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/5129 abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/5129 abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/5129 abzulehnen.

IV.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Anträge auf Drucksachen 16/4610 und 16/5129 in seiner 34. Sitzung am 9. Mai 2007 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte fest, dass – wie auch aus den beiden Anträgen hervorgehe – ein großer Konsens in den Grundfragen und in der Grundausrichtung der Klimaschutzpolitik über Fraktionsgrenzen hinweg bestehe. Dies betreffe zunächst die Übereinstimmung darin, dass es einer ambitionierten internationalen Klimaschutzpolitik bedürfe und dass es endlich gelingen müsse, die USA, China und andere Schwellenländer einzubinden. Dies sei ein zentrales Ziel der deutschen G8-Präsidentschaft und somit eine wichtige Aufgabe für die nächsten Wochen. Beim EU-USA-Gipfel habe es zwar keinen Durchbruch im Sinne einer verbindlichen Verpflichtung der USA auf Klimaschutzziele gegeben, jedoch habe es Fortschritte insoweit gegeben, als sich die USA dem Prozess der internationalen Klimaschutzpolitik nicht mehr verschlossen. Einigkeit zwischen den Fraktionen bestehe auch in der Betonung der Notwendigkeit einer Vorreiterrolle Deutschlands und Europas bei der Klimaschutzpolitik. Beide Anträge ließen zu Recht erkennen, dass auf Forschung und neue Technologien großer Wert gelegt werde. Dem Antrag der Fraktion der FDP sei darin zuzustimmen, dass er die flexiblen Instrumente des Kyoto-

Protokolls – Clean Development Mechanism (CDM) und Joint Initiative (JI) – betone. Dies könne zu einer Vernetzung zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern beitragen, wobei der Export erneuerbarer Energien zu einem effizienten Klimaschutz in den Entwicklungsländern führen könne.

Soweit Kritik an der Konditionierung des Ziels geübt werde, 40 Prozent der Treibhausgasemissionen in Deutschland bis zum Jahr 2020 zu reduzieren, so sei darauf hinzuweisen, dass dies zur Glaubwürdigkeit der deutschen Klimaschutzpolitik beitrage und helfen könne, andere Staaten in den Klimaschutzprozess hereinzuholen. Die Fraktion der CDU/CSU stimme mit dem Antrag der Fraktion der FDP in mehr Punkten überein als mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. Soweit die Fraktion der FDP jedoch eine Einbeziehung des Wärmesektors in das Emissionshandelsystem fordere, so könne dies zu einer bürokratischen Überforderung insbesondere kleiner und mittelständischer Unternehmen führen, weil sich die regenerative Wärmegewinnung gerade an kleine Einheiten und dezentrale Einrichtungen richte.

Die **Fraktion der SPD** hob in Bezug auf die bundesdeutsche Debatte um die Konditionierung des 40 Prozent-Reduktionsziels hervor, dass alle neueren Studien von der Notwendigkeit einer Reduktion der Treibhausgasemissionen von 40 Prozent bis zum Jahr 2020 ausgingen und deshalb die Diskussion eher theoretischer Natur sein dürfte. Beide Anträge enthielten viele positive Ansatzpunkte zum Klimaschutz. Der Antrag der Fraktion der FDP setze allerdings sehr stark auf die CCS-Technologie (Abscheidung und Speicherung von CO₂), wobei diese jedoch bislang nicht überprüfbar sei. Nur wenn überprüfbar und nachweisbar sei, dass hierdurch CO₂ reduziert werden könne, so könne diese Technologie in die politischen Strategien mit einbezogen werden. Ansonsten müsse die Verbrennung von Kohle schnell und deutlich reduziert werden. In Bezug auf die im Antrag der Fraktion der FDP geforderte Anrechnung von CO₂-Senken müsse in der internationalen Diskussion die Frage von Qualitätsstandards stärker im Vordergrund stehen. Soweit von der Fraktion der FDP die Frage der sicheren Energieversorgung mit dem Klimaschutz verknüpft werde, so müsse hier die soziale Frage – also die Frage, wie Energieversorgung für alle Menschen bezahlbar sein könne – sowohl in Deutschland als auch weltweit ergänzt werden. Während im Antrag der Fraktion der FDP die Kernenergie als Lösungsmechanismus mit einbezogen werde, vertrete die Fraktion der SPD die Auffassung, dass diese Technologie keinen sinnvollen Lösungsansatz biete. Auch die jüngsten Studien hätten deutlich gemacht, dass das Reduktionsziel von 40 Prozent in Deutschland ohne Atomenergie zu erreichen sei. Im Antrag der Fraktion der FDP werde schließlich zwar zu Recht deutlich gemacht, dass auf EU-Ebene die Einigung auf ein verbindliches 30 Prozent-Ziel sinnvoll wäre, jedoch fehle ein Bekenntnis dazu, dass in diesem Fall Deutschland sich zu einer Reduktion der Treibhausgasemissionen von mindestens 40 Prozent verpflichten müsse.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. enthalte u. a. begrüßenswerte Ansätze zu einem nationalen „TOP-Runner“-Programm, zu einem regenerativen Wärmegesetz, zur Kraft-Wärme-Kopplung und zu einer Reform der Kfz-

Steuer, die sich am Kohlendioxidausstoß orientiere. Im Hinblick auf die Forderung nach einem generellen Tempolimit von 130 km/h sei darauf hinzuweisen, dass es hierzu eine fraktionsübergreifende Initiative im Deutschen Bundestag gebe, die von den Umweltpolitikern der Fraktion der SPD unterstützt werde. Zu Recht werde in dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. darauf hingewiesen, dass die steuerliche Begünstigung des Flugverkehrs bei der Kerosin-, Öko- und Mehrwertsteuer beendet werden müsse. Schließlich sei die Forderung zu unterstützen, dass mindestens 10 Prozent der Emissionszertifikate für die Handelsperiode 2008 bis 2012 versteigert werden sollten. Innerhalb der nächsten Handelsperiode solle dann eine volle Versteigerung angestrebt werden. Da der Antrag auch einige kritikwürdige Ansätze enthalte, sei er im Ergebnis abzulehnen.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, ihr Antrag zielen auf eine internationale und europäische Klimaschutzoffensive in diesem Jahr ab. Hierbei sei es notwendig, die Energieforschung zu forcieren und die technologische Kooperation mit den Schwellen- und Entwicklungsländern voranzutreiben. Hierzu gehörten die flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls (CDM und JI) und in diesem Rahmen die verstärkte Nutzung des Instruments einer Anrechnung von CO₂-Senken im Bereich der Entwicklungsländer. Der Antrag enthalte auch Vorschläge, wie auf die Kraft guter Beispiele gesetzt werden könne und wie man sich beim Technologietransfer auf bestimmte Länder konzentrieren könne. Es gehe darum, „Leuchttürme“ im internationalen Kontext zu setzen. An erster Stelle müssten Energieeffizienz und erneuerbare Energien stehen. Allerdings halte die Fraktion der FDP auch eine CO₂-reduzierte Kohleverstromung im globalen Kontext für einen besonders wichtigen Punkt. Die Kernenergie sei eine mittelfristige Übergangstechnologie, wobei jedes Land grundsätzlich selbst über die Frage von deren Nutzung entscheiden müsse. Im Hinblick auf den globalen Einsatz dieser Technologie sei es auf jeden Fall erforderlich, dass Deutschland das kerntechnische „Know how“ behalte, um im internationalen Rahmen Sicherheitstechnologie mit einbringen zu können. Bei den ökonomischen Instrumenten sei es notwendig, dass der Emissionshandel der EU den Bundesstaaten der USA geöffnet werde und dass bilaterale oder sektorale Zielvereinbarungen mit den USA getroffen würden, falls diese einen internationalen Emissionshandel nach 2012 nicht beitreten. Auf der Ebene der EU müsse angestrebt werden, das Reduktionsziel von 30 Prozent tatsächlich zu erreichen. In der nächsten Handelsperiode sei es notwendig, den Luftverkehr in das Emissionshandelssystem zu integrieren. Dies gelte nach Auffassung der Fraktion der FDP auch für den Bereich der Wärmeenergie für Gebäude. Soweit dieser Ansatz als zu bürokratisch kritisiert werde, so sei dem entgegenzuhalten, dass beim Emissionshandel nicht an der Heizungsanlage angesetzt werden müsse, sondern dass dies beispielsweise bei den Brennstoffhändlern geschehen könne. Bei der Mittelmeerpolitik der EU wäre es wünschenswert, dass hier im Rahmen einer Arbeitsteilung in Europa ein Schwerpunkt auf den Bereich der erneuerbaren Energien gelegt werde. Beispielsweise sollten die Potenziale der Solarenergie in Südeuropa entsprechend genutzt werden.

Die **Fraktion DIE LINKE.** hob hervor, dass sich ihr Antrag bei den Mitteln der Klimaschutzpolitik und bei deren Tempo deutlich vom Antrag der Fraktion der FDP unter-

scheide. Die Fraktion der FDP setze ihren Schwerpunkt auf eine technologieorientierte Klimaschutzpolitik und stelle hierbei die riskanteren und unsicheren Optionen in den Vordergrund. Technologien zur Abscheidung und unterirdischen Speicherung von CO₂ könnten frühestens im Jahr 2020 im großtechnischen Maßstab einsatzfähig sein. Die Kohlewirtschaft versuche mit dem Versprechen dieser Technologie, eine weitere Kohleverstromung zu ermöglichen. Ein Festhalten an der Atomkraft sei kein sinnvoller Ansatz, die Probleme des Klimawandels in den Griff zu bekommen. Die Klimaschutzpolitik der Fraktion der FDP orientiere sich hauptsächlich an der Wirtschaftlichkeit der Klimaschutzinstrumente und weniger an deren tatsächlichem Beitrag zum Klimaschutz. Die flexiblen Instrumente des Kyoto-Protokolls seien in weitaus größerem Ausmaß missbrauchsanfällig als das europäische Emissionshandelssystem. Im Hinblick auf die gravierenden Schwierigkeiten mit dem europäischen Emissionshandelssystem werde eine weitere Forcierung von CDM und JI von der Fraktion DIE LINKE. nicht befürwortet. Dies gelte auch für eine Öffnung von JI für nationale Ausgleichsprojekte und Waldsenkenprojekte. Es sei zu bezweifeln, dass CCS und Wärmeenergie im Emissionshandel funktionieren könnten. Anstelle einer Einbeziehung des Luftverkehrs in den Emissionshandel sei es sinnvoller, Kerosin zu besteuern oder ein separates Emissionshandelssystem für den Luftverkehr aufzubauen. Im Gegensatz zur Fraktion der FDP fordere die Fraktion DIE LINKE. für Deutschland ein verbindliches Reduktionsziel von 40 Prozent bis zum Jahr 2020 und von 80 Prozent bis zum Jahr 2050.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. enthalte wichtige Punkte für ein Sofortprogramm beim Klimaschutz. Hierbei liege ein Schwerpunkt bei konkreten Vorschlägen zur Energieeffizienz. Hierzu gehörten z. B. der „TOP-Runner“-Ansatz, eine verbraucherfreundliche Gestaltung der Verbrauchskennzeichnung von Personenkraftwagen und die Einführung eines bedarfsorientierten Energieausweises. Darüber hinaus sei eine forcierte Förderung der Kraftwärmekopplung notwendig. Beim europäischen Emissionshandelssystem sei ein brennstoffunabhängiger Benchmark auf Gasbasis notwendig, wobei 10 Prozent der Zertifikate – der höchstmögliche Anteil nach derzeitigem EU-Recht – versteigert werden sollten. Für die nächste Handelsperiode werde gefordert, dass in der EU-Emissionshandelsrichtlinie eine Versteigerung aller Zertifikate festgeschrieben werde. Schließlich schlage die Fraktion DIE LINKE. vor, dass eine Betriebsgenehmigung für neue Kondensationskraftwerke nur dann unbefristet erteilt werden dürfe, wenn beim CO₂-Ausstoß der Wert von 365 Gramm pro Kilowattstunde nicht überschritten werde. Werde dieser Wert überschritten, so sei die Betriebsgenehmigung auf maximal zehn Jahre zu begrenzen. Die Realisierung dieses Vorschlags würde sicherstellen, dass die Betreiber von Kraftwerken das finanzielle Risiko der Funktionsfähigkeit der CCS-Technologie trügen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte zum Antrag der Fraktion der FDP aus, dass er die Herausforderungen des Klimawandels richtig beschreibe. Jedoch gebe es einige wesentliche Kritikpunkte. Hierzu gehöre die positive Bezugnahme auf die Atomenergie und die aus der Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu positive Bezugnahme auf die CCS-Technologie. Hierbei handele es sich eher um ein Forschungsthema als um ein energie-

politisches Thema. Nach dem jüngsten IPCC-Bericht könne man nicht schon ab dem Jahr 2020, sondern erst ab dem Jahr 2030 damit rechnen, dass diese Technologie marktreif werden und einen nennenswerten Beitrag zur CO₂-Reduzierung leisten könne. Die flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls hätten lediglich einen ergänzenden Charakter zu anderen Klimaschutzmaßnahmen und könnten nicht an deren Stelle treten. Vor diesem Hintergrund würden diese Instrumente von der Fraktion der FDP zu stark betont. Die Forderung nach einer generellen Einbeziehung des Verkehrs- und Wärmesektors in den Emissionshandel sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht angemessen, da zunächst Erfahrungen mit diesem Instrument gesammelt werden müssten. Die Asiatisch-Pazifische Partnerschaft werde in dem Antrag der Fraktion der FDP begrüßt. Hierbei werde jedoch übersehen, dass dies ein Versuch der USA gewesen sei, einige große asiatische Länder von der Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls abzuhalten. Schließlich sei kritikwürdig, dass ein Bekenntnis der Fraktion der FDP zu einem verbindlichen 40-Prozent-Reduktionsziel auf nationaler Ebene für das Jahr 2020 fehle.

Demgegenüber sei am Antrag der Fraktion DIE LINKE. zu begrüßen, dass darin eine Reduktion von 40 Prozent der Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 und von 80 Prozent bis zum Jahr 2050 als verbindliche Zielsetzung der Bundesrepublik Deutschland gefordert werde. Darüber hinaus enthalte der Antrag eine anspruchsvolle Zielsetzung für den Anteil der erneuerbaren Energien. Außerdem sei die Forderung nach einer befristeten Genehmigung von Kondensationskraftwerken im Falle einer Überschreitung des Wertes von 365 Gramm pro Kilowattstunde beim CO₂-Ausstoß bedenkenswert. Dies würde vor allem die Genehmigung von

Kohlekraftwerken betreffen. Im Hinblick auf den geplanten Neubau von Kohlekraftwerken in Deutschland müsse dieser Vorschlag ebenso wie z. B. der Vorschlag eines Moratoriums in die Überlegungen einbezogen werden. Es müsse auf jeden Fall vermieden werden, dass die Kohlekraftwerke auf der Grundlage vager Versprechungen der Betreiber zunächst genehmigt und gebaut würden. Trotz dieser positiven Punkte werde sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu dem Antrag der Stimme enthalten, weil er sich gegen jede Form der Privatisierung der Bahn wende. Das Ziel, mehr Verkehr auf die Schiene zu bekommen, könne jedoch auch auf andere Weise erreicht werden. Darüber hinaus sei die Forderung nach einer Steuerfreiheit für Biokraftstoffe anstelle der Beibehaltung der reduzierten Steuersätze zu weitgehend. Soweit schließlich eine Umstellung der Kfz-Steuer auf CO₂-Basis gefordert werde, sei die Festlegung einer fünfjährigen Übergangsfrist aus sozialpolitischen Gründen im Steuerrecht systemfremd.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 16/4610 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 16/5129 abzulehnen.

Berlin, den 9. Mai 2007

Andreas Jung (Konstanz)
Berichtersteller

Frank Schwabe
Berichtersteller

Michael Kauch
Berichtersteller

Eva Bulling-Schröter
Berichterstellerin

Dr. Reinhard Loske
Berichtersteller

